

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

54 (8.3.1909) 2. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2,70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 3,25, durch den Briefträger ins F. u. S. gebracht, 3,67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Festsprecher Nr. 535.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.</p>	<p>Festsprecher Nr. 535.</p>	<p>Anzeigen: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Restamen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Reaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>
<p>Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.</p>		<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Weber; für Ausland, Korrespondenz und den allgemeinen Teil: Franz Wabli; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtlich in Karlsruhe.</p>		<p>Verantwortlich für Anzeigen und Restamen: Hermann Bahler in Karlsruhe.</p>

K. Das Steuerkompromiß.

Wovon ist eine Mehrheit im Reichstage gesichert für die Besteuerung. Wie aber sieht es im Bundesrat aus? Einige Blätter wollen wissen, daß er diesen Antrag annehmen werde. Der Reichsfinanzminister hat eine zutreffende Erklärung zunächst nicht abgeben können, da naturgemäß die verbündeten Regierungen eine Entscheidung erst treffen können, wenn Beschlüsse des Reichstages resp. einer Kommission vorliegen. Die Gründe, die die Linken nach langen Erwägungen dazu bestimmen, dem Kompromißantrage zuzustimmen, werden in dem Fraktionsorgan der freisinnigen Volkspartei wie folgt dargelegt: „In dem neuen Antrag sind die Gewinndaten berücksichtigt worden, die von freisinniger Seite gegen die früheren Anträge in der Kommission erhoben waren. Der jetzt vereinbarte Entwurf unterscheidet sich von den früheren Vorschlägen zunächst darin, daß die Besteuerung für sich allein als Reichsabgabe gestaltet und nicht mit den Matrularbeiträge verknüpft wird. Die Matrularbeiträge bleiben bestehen und werden in ihrer Höhe nicht gebunden, jedoch der bedeutende Faktor bleibt, auf den nach liberaler Anschauung aus konstitutionellen Gründen im Reichshandelsstatut nicht verändert werden kann. Wie in der Kommission ausgeführt ist, genügen die im § 4 getroffenen Bestimmungen, insbesondere die für die Heranziehung des Einkommens geltende Grenze von 3000 Mk. den Freisinnigen noch nicht. Sie werden bestrebt sein in der zweiten Lesung noch weitgehende Bestimmungen, insbesondere die Freilassung des Arbeitseinkommens bis zu einem bestimmten Betrage, durchzuführen. Einmal haben sie die in diesem Punkte vorhandener Vereinigungsvorteile ebenfalls wie das Besteuerungsgegenstand der Besteuerung durch die Reichsfinanzverwaltung zu berücksichtigen, um zunächst die Grundlage für die Weiterberatung zu gewinnen und den verbündeten Regierungen Gelegenheit zu geben, zu dem wesentlichen Stellung zu nehmen.“ Die Einzelstaaten werden sich also diesen Antrag genau ansehen müssen; denn er legt fest: 1. die Reichsabgabe in Höhe von 100 Mk.; 2. Matrularbeiträge in unbegrenzter Höhe. Diese beiden Tatsachen sagen gar alles. Bisher haben die Finanzminister einen solchen Ausweg als ungangbar bezeichnet und man kann es ihnen nicht verbieten. Die Form des Antrages aber führt weiter zu einer schweren Belastung des Mittelstandes, der über 3000 Mk. Einkommen hat; für diesen wird die beizulegende Einkommensteuer ohne weiteres verdoppelt. Das ist des Hauels Kern.

In der Presse wird diese Verständigung nur mit gedämpfter Trommelklang gefeiert. Die „Kreuzzeitung“ lobt die Freisinnigen, zumal sie sich nun gebunden hätten, 400 Millionen Mark indirekte Steuern zu bewilligen; aber für die Konserverativen sagt sie, daß sie keinen Schritt weiter gehen würden. Das dürfte auch stimmen; denn die Mehrheit der Konserverativen ist nun um 6 Stimmen härter als die Minorität; letztere hat sich für das Plenum freie Hand behalten und geht unter keinen Umständen weiter als dieser Antrag. Auf d. r. Abend teil in der „Tägl. Rundsch.“ mit, daß dem Entwurf des Reichsfinanzministers es zu danken sei, daß dieser Ausweg so leicht gefunden sei; er rückt nun an den Punkt der Wahrung; Angehörig des Reichstages der Lage wird der Bundesrat sich der im Reichstag so schwer erzielten

Lösung fügen müssen, jedoch die schwerste Frage der Reichsfinanzreform als gelöst angesehen werden kann. Damit sind die großen Schwierigkeiten, die der Erledigung der Reichsfinanzreform entgegenstehen, noch nicht beseitigt, aber der Weg zum Ziel ist nun geöffnet. Jetzt gilt es in möglichst rascher Arbeit (!) über die indirekten Steuern zur Verständigung zu kommen. Nach dem der Block die schwerste Aufgabe gelöst, wird er auch hier sich bewähren. Der gute Wille ist allseitig da und so dürfen wir freudiger und zuversichtlicher als bisher in die Zukunft sehen. Der Reichstag wird seine nationale Pflicht erfüllen und nicht das jämmerliche Schauspiel bieten, daß die Volkvertretung in kläglicher Kurzsichtigkeit und engherziger Egoismus dem Reiche verliert, was für unsere nationale Selbstbehaltung eine unerlässliche Voraussetzung ist. Der Block, den man schon tot glaubte, beweist seine Lebenskraft glänzend.“ Das wollen wir abwarten; die letzten vierzehn Tage waren mehr als eine Meilenlange für den Block.

Die liberale „Süddeutsche“ aber sagt zu dem Kompromiß: „Ein bezüglicher Kompromiß würde nicht mehr und nicht weniger bedeuten als eine Verzichtung der Finanzhoheit der Einzelstaaten; es würde anstelle der Matrularbeiträge, die jeder aufbringen kann, wie er will, Matrularbeiträge setzen, deren Ausführung das Reich nach allgemeinen Grundregeln vorstreckt, ohne Rücksicht auf die finanzielle Landesverhältnisse, ohne Rücksicht darauf, daß die kleineren Landesstaaten damit zu einer Verfeinerung gezwungen werden könnten, die ihre wenigen reichen Leute zur Abwanderung in andere Bundesstaaten veranlassen müßte. Der Inhalt des angeblichen Kompromißvorschlages ist einfach eine verfassungswidrliche Angelegenheit, auf deren Gültigkeit jedem deutschen Staatsrechtler jedenfalls die Haare zu Berge stehen werden. Wir können weder von den Freisinnigen noch von den Nationalliberalen annehmen, daß sie ein so geartetes Kompromiß mitmachen. Wir glauben aber auch nicht, daß irgend ein deutscher Finanzminister, selbst nicht der in „unserer“ Nachfolge zum Amt gelangene Herr v. Alvensleben einen derartigen Weg zur Vermögensbelastung innerhalb der Reichsfinanzreform gehen wird.“ Das klingt erheblich anders als bei dem „Volkstrotz“!

Aber auch in dem Reich der Freisinnigen regt sich die Opposition. Die „Frei. Ztg.“ faßt diese zu beschwichtigen durch den Hinweis, daß es sich nur um eine vorläufige Abmilderung gehandelt habe und daß der Freisinn in der zweiten Lesung eine Reihe von Abänderungsanträgen einbringen werde. Das „Berliner Tageblatt“ ist ganz anderer Ansicht. Es sei in keiner Weise eine Gewähr dafür gegeben, daß wirklich die harten Schultern durch die Besteuerung belastet werden. Die Agrarier hätten Himmel und Erde in Bewegung gesetzt, um zu verhindern, daß die Reichssteuer durchzuführen wird; und doch würde in diesem Falle ein Vermögen von 20000 Mk. — beim Grundbesitz war die untere Grenze 10000 Mk. — nur alle 30 Jahre einmal belastet werden. Jetzt wolle man schon bei 20000 Mk. die Besteuerung anfangen lassen. Das befohle nichts anderes, als daß die „kleinen“ einen möglichst großen Betrag der Besteuerung aufbringen sollen, damit die „Großen“ gelassen werden. Das Kompromiß, wie es jetzt vorliegt, erfolge in keiner Weise die Anforderungen, die an eine direkte Reichsteuer als notwendig

Ausgleich für die beantragten Konsumsteuern gestellt werden müssen. Die freisinnigen Parteien seien sehr unglücklich beraten, als sie sich darauf einließen, denn sie machten sich damit zu Mitschuldigen eines Systems der Schwäche und Halbheit. Und schließlich müsse man doch fragen, wo die Kompensationen bleiben? Wo ist die Wahlreform in Preußen? Wo sind die konstitutionellen Garantien? Davon ist nicht mehr die Rede. Lassen sich die liberalen Parteien auch noch anstelle direkter Reichsteuern ein wertloses Kompromiß in die Hand drücken, dann leben sie auch aus der Winterkampagne beim wie der Mitter von der traurigen Gestalt.“

Auch Dr. Barth schreibt in diesem Sinne, und was er nicht sagt, liegt man um so deutlicher im „Vorwärts“, der meint: „Der Freisinn ist der Belastungsprobe, der ihn die konservativen Reichstagsfraktion unterworfen hat, schmachvoll unterlegen. Der Drohung der Konservativen, daß sie es auf eine Sprengung des Blocks ankommen lassen und mit dem Zentrum eine Verständigung suchen würden, hat die liberale Heberzeugungstreue der freisinnigen Augenblickspolitiker nicht zu widerstehen vermocht, allen Einwänden, allen Bedenken zum Trotz, die noch in den letzten Tagen ihre eigene Presse gegen die Kompromiß- und die Lösung der Frage geäußert hat, haben sie mit dem bekannten, schweren Herzen und unter den lächerlichen Verwahrungen und Vorbehalten sich dem konservativ-rechtspolitischen Kompromiß angeschlossen. Die Wiener und Mailänder Meinungen haben über die freisinnige Vereinigung und die süddeutschen Volksparteier geäußert. Bereits in der Mittwochabend nach der Annahme des Reichstages abgehaltenen Beratung der linksliberalen Fraktionen, einmütig wurde auf energische Fürsprache der führenden Politiker, besonders des Herrn Wiener, beschlossen, den Entwurf betr. die Besteuerung als Grundlage zu weiteren Verhandlungen über direkte Reichsteuern in der Finanzkommission in erster Lesung unter ausdrücklichem Vorbehalt der späteren Entscheidungen vorläufig anzunehmen.“ Man wird nun viel reden über die Besteuerung, eine Steuer, die den Besitz gar nicht trifft. Selbst wenn tatsächlich 100 Mill. Mark allein von den Vermögenden aufgebracht würden, vermag nur erbärmliche Euphorie von einer angemessenen Belastung des Vermögens und einer den Grundbesitzern der Billigkeit entsprechenden Steuerverteilung zu reden, denn die Verbrauchssteuern, die man der breiten verarbeitenden Masse des Volkes aufbürden will, sollen mit Einschluß des erlösten Kaffeegeldes 400 Mill. bringen, während die sog. „Beststeuer“ nur auf 100 Mill. Mk. festgelegt ist. Immerhin würde also die Volksmasse noch viel mal so hoch belastet als die Schaar der Vermögenden. Aber in der Wirklichkeit trifft sie von den Freisinnigen und Nationalliberalen angenommene „Beststeuer“ keineswegs nur die Vermögenden der Vermögenden. Außer den Vermögenden eines faulbeutigen Vermögens von mindestens 20000 Mk. sollen, damit die großen Vermögensbezügler nicht zu sehr belastet werden, auch die „Einkommen“ von 3000 Mk. an zu dieser kleinen „Beststeuer“ herangezogen werden, und schließlich soll gar diese löcherliche Besteuerung auch noch durch „Küchlein“ zu beschweren Steuern aufgebracht werden können, die der Bundesrat nach seinem Belieben festsetzen dürfte sein soll. Das ist die im eingeräumte Vermögen allzusehr geringe, die Wohlhabenden annehmen, ist schwerlich

zu erwarten. Der Abstraktologie entleidet, läuft das freisinnig-nationalliberale-konservative Steuerkompromiß auf nichts anderes als auf eine einfache Finanzschräube der Matrularbeiträge hinaus; aber auf eine Erhöhung, die für die einzelnen Bundesstaaten verhältnismäßig günstig ist; denn durch die Kompromißfassung werden die Beiträge auf Jahrzehnte hinaus konstantiert. Wohl erläßt die Reichsregierung das Recht, wenn sie durch andere indirekte Steuern ihre Ausgaben zu decken vermag, weniger als 100 Mill. Mk. von den Einzelstaaten einzufordern, mehr als 100 Mill. Mk. darf sie aber bis zum Jahre 1914 nicht verlangen, und auch dann steigt der Betrag nur von 5 zu 5 Jahren um 5 Proz., also in geringerem Grade als die Bevölkerungs-ziffer steigt. Die Steuerlast auf den Besitz soll also gebunden sein; der Weg für die indirekten Steuern aber wird für alle Zeiten frei gemacht, d. h. man möge das Reich einfach, alle Kosten auf dem Massenfiskus zu legen. So stellt der Kompromiß den neu gefassten § 6 des Flottengesetzes dar. Dieser sollte eine erhöhte Belastung des Massenfiskus verhindern und tat dies auch; jetzt soll eine Schonungsklausel für den Besitz eingeführt werden und zwar für alle Zeiten und garantiert durch die Verfassung. Wir freuen uns, daß das Zentrum einem solchen ungerechten und konsequenzlosen Antrag nicht beigetreten ist.

Sozialreform und Berufsstände.

Muß es, wie wir in dem letzten Artikel bereits gesehen haben, heute nicht etwa als eine Billigkeit, sondern als eine volkswirtschaftliche und nationale Notwendigkeit angesehen werden, daß auf dem Gebiete der sozialen Reform die staatliche Gesetzgebung in erster Linie sich der Arbeiter anahm, so wird man bei näherem Zusehen auch verstehen, weshalb die berufständische Organisation der Arbeiter sich unter so eifriger Teilnahme und Förderung der sozialpolitisch interessierten Kreise vollziehen konnte.

Grundsätzlich sei zunächst vorausgesetzt, daß die Organisation eines Standes auf alle Fälle der Organisationsfähigkeit vorzuziehen ist. Denn bei den engen Zusammenhänge zwischen den Worten Ordnung und Organisation wird es leicht erklärlich, daß sich eine organisierte Standesbewegung in allgemeinen leichter und in ruhigeren Bahnen vollziehen wird, als eine Bewegung, die vielleicht von heute auf morgen entstanden ist, um bald wieder auseinanderzufallen und einer einheitlichen Leitung entbehrt. Das trifft ganz besonders auch bei der Arbeiterbewegung als Massenbewegung zu, und es ist eine namentlich auch von Unternehmern wiederholt hervorgehobene Tatsache, daß sie es bei Lohnbewegungen lieber mit einer straff organisierten, wohldisziplinierten Arbeiterleitung zu tun haben, als einer mehr zufällig zusammengeschlossenen Masse, die sich nur schwer unter den Einfluß eines Willens bringen läßt und zu bindenden Verhandlungen unfähig ist. Ist also so vom grundsätzlichen Standpunkt aus die Standesorganisation wünschenswert — eben im Interesse der Ordnung —, so ist sie auch aus mehr praktischen Gesichtspunkten zu fordern. Zur Regelung

Bernhard von der Eiche.

Roman von Baronin Gabriele von Schlippenbach.
KARLSRUHE 1909.

(Fortsetzung.)

Am anderen Morgen waren die Berge in dicke Nebel gehüllt. Als sich die kleine Gesellschaft früh vor der Sonnmitte versammelt, wurde ein eiliges Wohl eingekommen. Dann brach man auf; es war empfindlich kalt. Der Führer der fremden Dame hatte diese angefeilt und schritt voran, hinterher kamen Bernhard und seine Führer.

War es der Einfluß des Wetters, war es etwas anderes? Heute war die ungewöhnliche frühliche Stimmung des geistigen Abends verfliegen. Wort-folg und frohlich begegnete die junge Dame Bernhard. Bedauerte sie, sich frei und zwanglos gegeben zu haben, fürchtete sie, er könne es mißbrauchen, wüßte sie, die Schranke zwischen ihnen aufzurichten, die gestern, angelehnt der großartigen Natur Kauterbrunnen hinabzufließen, und seine Ton in entgegengekehrter Richtung aufgegeben zu haben.

Die Stimmen der Führer, die zur Vorsicht mahnten, klangen durch den dichten Nebel gedämpft über Eichen, wo der gefährliche Abstieg, es ging wieder über wilde Felsenkloffen und im nächsten Augenblick durch lockere, lufthohen Säue. Da-fach oder der Fremden nicht, er war ägerlich, sein Stolz bännte sich unter ihrem veränderten Wesen. Was ging sie ihn überhaupt an? Ihre Lebenswege trennten sich von heute, wahrscheinlich um nie mehr einander zu trennen.

Um die Mittagzeit brach die Sonne siegreich durch das Gewöl. Nach und nach traten die Berge deut-

licher hervor und die wunderbar schöne Alpenland-schaft bot sich den Wäldern dar. In der Tiefe brannten noch die Nebel. Es war ein eigenartliches Gefühl, so im Sonnenlicht gebadet dazuliegen, als sei man losgelöst von der Erde, die mit ihrem Hosen und Treiben unsichtbar blieb.

„Kommen Sie doch her!“ rief die Fremde, „von hier hat man einen herrlichen Rundblick auf die Berge.“

Es klang Bernhard fast wie ein Befehl. Trotzdem trat er näher, sie dürfte sich nicht einbilden, daß er empfindlich war. Gewiß, sie war launisch. Sie sprach jetzt ungeschwungen und er ging auf die Worte ein. Heute bemerkte er etwas, was ihm gestern entgangen war. Sie hatte den wildbeerenen Handschuh abge-zogen, ein glatter, goldener Reif schimmerte an ihrem Finger. Er glaubte ihm gestern dort nicht gesehen zu haben, oder hatte sie ihn erst heute wieder ange-steckt, wollte sie damit sagen: „Ich bin verheiratet, Du sollst es wissen.“

„Ja, das war allerdings die beste Schranke zwischen ihm und ihr.“

Bernhard war ziemlich stumm. Sie bemerkte es und fragte: „Sie scheinen nicht recht ausgeglichen zu haben.“

„Im Gegenteil,“ jagte er kurz, „ich überlege nur, ob es nicht besser wäre, wenn ich mich nicht noch zur-his Kauterbrunnen hinunter begeben, sondern den Weg einschlage, der mich direkt nach A führt. Ich muß heute Abend mit der Bahn abreisen.“

„So tun Sie es doch,“ verteilte sie trocken.

Wie sie so da stand unter der freien Felswand, sah sie sehr dochmütig von oben herab auf ihn nieder, der sich etwas tiefer auf seinen Bergstocher lehnte.

In diesem Augenblicke verkörperte es gewaltig über ihn. Mit Mißgeschick hatte Bernhard die Ge-

fahr begriffen, der Auf des einige Schritte weiter stehenden Führers war nicht mehr nötig.

„Der Steinfall!“ rief der Wirtche und er sprang auf die Fremde zu, um sie von der gefährlichen Stelle fortzuführen. Bernhard war ihm zuvorgekommen. Mit kräftigen Armen hob er die schlanke Frauenge-stalt auf und eilte aus dem Bereich der Felswand. Es kam von dort herabgefallen, es folierte und hüpfte in wildem Sprung über die Schroffen. Es stürzte donnernd hernieder. Gerade da, wo die Fremde gestanden, hätte ein großer Stein herab und zerplüßerte auf dem feigen Grund in mehrere faust-große Stücke.

Nach immer lagen ihre Arme wie Schutz suchend um seinen Hals; in der Verwirrung hatte die Fremde sie um Bernhard geworfen. Er ließ sie sanft nieder-gleiten.

„Das hätte schlimm werden können,“ jagte er und eine tiefe Erregung glitzerte in seiner Stimme.

„Ich verdanke Ihnen mein Leben, mein Herr, ohne Ihre Danksagungsfähigkeit läge ich jetzt tot oder ver-stümmelt da.“

Sie schanderte. Ein Gefühl der Ohnmacht kam über sie. Er hielt sie noch immer gefaßt. Jetzt winkte er seinem Führer und sie legten sie auf eine vom Schnee freie Stelle. Bernhard trat zur Seite.

Als die Fremde die Augen aufschlug und als er sah, daß sie sich aufrichtete, zog Eiche den Atem. „Ich empfehle mich Ihnen, sagte er sehr fremd und höflich.“

Im nächsten Moment verschwand er hinter einem Felsen.

Sie war aufgesprungen. Es hätte, als ob sie ihm nachsehen wollte, aber dann trat ein trotziger Aus-druck in ihr schönes Gesicht. Nicht Kampfte sie mit dem Fuß auf und schweigend machte sie sich auf den Weg nach Kauterbrunnen.

Mandens waren jetzt anderthalb Jahre verheiratet und nach außen hin schien alles glatt zu gehen. Man verstand es von beiden Seiten einzurichten, daß die lieben Nächsten nicht hinter die Kulissen saßen. Wenigstens glaubten es sowohl Herta als auch ihr Mann. Was das Ehepaar an innerem Zwiepakt, Kämpfen und Auseinandersetzungen durchmachte, war nicht wenig. Die Dienstboten merkten oft eine Verstimmung; sie waren alle auf der Seite des Herrn, dem sie seit langen Jahren dienten. Und Herta merkte es. Sie verachtete erst, den treuen, alten Diener durch einen jüngeren Kavalier zu ersetzen, aber Mandens weigerte sich. Es gab Fälle, wo er energisch blieb, dann half alles Witten, alles Schmolzen seiner Frau nicht.

„Er hat einen Eisenkopf,“ pflegte Herta zu denken. Denn es galt, seine eigene Bequemlichkeit, seine persönlichen Wünsche aufzugeben, tat Mandens es gern. So reiste er zweimal mit Herta auf mehrere Wochen fort.

Sie besuchten die Schweiz und waren im Frühjahr in Paris, das zweitemal, in einem eleganten böhmischen Modedebat, da Herta beachtete, angeregten Herren zu haben. Aber es war von keiner Erholung die Rede. Punkte Gesellschaft füllte die Tage aus und Mandens konnte es nicht mehr erwarten, heimzu-fahren. Die Zeit der Arbeit hing für den stillen Landwirt an und er sehnte sich darnach, auf seinem feurigen Reitpferde über die heimatische Flur zu traben. Herta begriff das nicht. Sie verstand es nicht, daß es ein Vergnügen war, von früh bis spät im Sattel zu sein und nach dem Reiten zu sehen, daß die Freude am rüstigen Schaffen auf eigener, ererbter Scholle volle Befriedigung gewähren kann.

(Fortsetzung folgt.)

Der wirtschaftlichen Fragen eines Standes sowie seiner Beziehungen zu anderen Ständen wird die staatliche Gesetzgebung in allen Fällen wohl niemals ansprechen. Da hat nun die organisierte Selbsthilfe einzutreten. Die Gesetzgebung läßt sich nämlich im allgemeinen nicht darauf spezialisieren, daß sie allen Fällen Rechnung tragen könnte. Dagegen vermag die Selbsthilfe viel mehr in Einzelheiten einzudringen und diese zu berücksichtigen, so daß sie sich viel mehr den praktischen Bedürfnissen des Tages anpassen kann, als die staatliche Gesetzgebung dies vermöchte.

Überblickt man nun in ein paar Jagen die Entwicklung der berufsständischen Organisation in Deutschland, so sieht man allerdings schon kurze Ansätze zu einer Organisation des Lohnarbeiterstandes in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Ende der 60er Jahre setzte auch die Gewerkschaftsbewegung ein, ohne daß diese sich jedoch in einer solchen Weise hätte entfalten können, wie dies im allgemeinen wohl wünschenswert gewesen wäre. Dazu kam, daß auch in der Folgezeit unter dem sogenannten Sozialistengesetz die gewerkschaftliche Bewegung gehemmt bzw. unterdrückt wurde. Kurz und gut, die Organisation des Arbeiterstandes begegnete Schwierigkeiten auf Schritt und Tritt, natürlichen wie künstlichen. Dagegen wurde die Organisation anderer Berufsstände keine Steine in den Weg gelegt, im Gegenteil, sie durften sich teilweise besonderer Förderung wahrgehender Kreise erfreuen. So haben wir denn schon Ende der 80er Jahre die Organisation im Handelsgewerbe entstehen und emporblühen, sei es nun, daß sie sich in paritätischen Verbänden mit Prinzipalen und Gehilfen als Mitglieder vollzog, sei es in Gehilfenverbänden. Im Handwerk begann Anfang der 80er Jahre die Bewegung in den sogenannten Handwerkerbünden, heute verfügt es über eine fräftige Bewegung auf gewerkschaftlicher Grundlage; ebenfalls in den 80er Jahren entstanden die Bauernvereine, die seither zu einer kraftvollen Interessensvertretung der Landwirte sich ausgewachsen haben. Neben diesen freien Interessensvertretungen sind dann noch die auf geistlicher Grundlage beruhenden Handels-, Landwirtschafts- und Handwerkerkammern geschaffen worden.

Mit dem Falle des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 setzte nun die Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter mit neuer Kraft ein, um in dem letzten Jahrzehnt zu ihrem Höhepunkt emporzufliegen. So lebhaft man nun die Aufwärtsentwicklung begrüßen möchte, so sehr mußte man es bedauern, daß die „freie“ Gewerkschaftsbewegung, die bereits seit ihren Anfängen einen sozialistischen Anstrich aufwies, im Laufe der Zeit sich über das Gebot religiöser und politischer Neutralität hinwegsetzte, offen in das sozialdemokratische Kartell der Arbeiter schloß. Dadurch erhielt die sozialdemokratische Partei eine bedeutsame Minderstärke, die bezüglich einer allgemeinen Minderwirkung auf das Volks- und Staatswohl insofern scharfe Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit verlangte, als die sozialdemokratische Partei es von Zeit zu Zeit für sich hieß, einen radikalen Charakter hervorzuheben und mit revolutionären Mitteln — revolutionären Generalstreik — zu spielen. Zu dieser Gefahr für das Allgemein- und Staatswohl gesellte sich die fernere, daß Hunderttausende Arbeiter, durch die Erfolge der „freien Gewerkschaften“ angezogen, nur zu leicht der lockenden Versuchung ausgeliefert waren, diesen sich in die Arme zu werfen und damit zu einer Verflüchtigung der religiös- und staatsfeindlichen Sozialdemokratie beizutragen. Angesichts dieser hochgradigen Situation erwuchs den sozialpolitisch interessierten Kreisen auf christlich-nationaler Seite die erste Pflicht, neben der sozialdemokratischen die Arbeiter in einer christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu organisieren, die jener bezüglich einer energischen Vertretung der berechtigten Arbeiterinteressen nicht nachzulassen gewillt war, dagegen die politische und religiöse Freiheit ihrer Mitglieder unangetastet ließ und den handverwählten Klassenkampf energisch von sich wies.

Dadurch ist zweierlei verhütet worden: erstens ein stärkeres Annähern der Sozialdemokratie, als es ohne die Schaffung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung der Fall gewesen wäre. Es kann unseres Erachtens nämlich keinem Zweifel unterliegen, daß ohne die christlich-nationale Arbeiterbewegung Hunderttausende unter dem Einfluß einer unter falscher Neutralität tadelnden gewerkschaftlichen Agitation vielleicht den Weg zu den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei gefunden hätten. Dadurch würde die Sozialdemokratie nicht bloß eine Vertiefung ihrer Organisation erfahren haben, sondern ebenso eine solche ihres Siegesbewußtseins. Eine sich ihres Sieges für einen kurz bevorstehenden Termin benutzte Sozialdemokratie aber würde sich in ganz anderer Weise, als es bis heute der Fall gewesen ist, auf die Verhältnisse der Kleinstadt und des kleinen Landes mit ihrer Agitation geworfen und hier vielleicht auch Erfolge errungen haben. Was letzteres aber einmal der Fall, dann bestand die Gefahr eines Schwindens des moralischen Haltes gegenüber der Sozialdemokratie auch auf dem Lande und eines Einbreitens der Dämme, die mit Recht als die festeste gegenüber einer sozialdemokratischen Strenge gelten. Einer solchen Entwicklung ist ohne Zweifel dadurch, daß Staat und Sozialpolitiker durch sozialpolitische Gesetzgebung und Förderung der berufsständischen Organisation der Arbeiter sich angenommen haben, in hohem Grade entgegengehandelt worden. Zweitens aber hat die Sozialdemokratie dadurch, daß Hunderttausende von Arbeitern durch ihre gewerkschaftliche Glaubenskenntnis zu erkennen gegeben haben, daß sie von ihren sozialrevolutionären Zielen nichts wissen wollen, sich neuerdings zu einer mehr friedlichen Haltung bequemen müssen. Dadurch hat sie an ihrem radikalen Programm starke Abstriche machen müssen. Sie muß mit den nicht sozialdemokratisch gesinnten Arbeitern rechnen, und das hat gewirkt, daß auch heute in der Sozialdemokratie mit Wasser gefochten wird und dem nichts mehr entgegensteht, daß sie zu einer reinen Arbeiterpartei sich fortentwickelt, vielleicht gar mit kleinbürgerlichem Anstrich.

Wenn man die vorstehenden Gedankengänge zu einem Endergebnis noch einmal kurz zusammenfaßt, so wird man sich sagen müssen, daß die ganze Entwicklung darauf hinzudeutet, daß der Arbeiterstand sozialpolitischer Zuträger durch den Staat und För-

derung seiner Berufsorganisation durch öffentliche Kreise in erster Linie teilhaftig wurde. Dadurch ist, wie gezeigt, gegenüber einer so drohenden Gefahr, wie sie vor etwa 15 Jahren in der Sozialdemokratie emporging, die Entwicklung doch in solch glückliche Bahnen gelenkt worden, daß nicht nur der Arbeiter zu seinem Rechte gekommen ist, sondern auch die anderen Berufsstände ihre hohe Befriedigung darüber empfinden können. Sollte es diesen aber hier und da ein Opfer gefordert haben, sie haben es der Allgemeinheit zugunsten und damit schließlich sich auch selbst zum Nutzen gemacht! Wo sich aber berechtigter Ansprüche anderer Stände an die soziale Gesetzgebung im Laufe der Zeit herausgestellt haben, wird eine sozial denkende Arbeiterkraft gegen deren Erfüllung gewiß nichts einzuwenden haben!

Deutschland.

Berlin, 8. März 1909.

Zum Antrag Camp-Arendt. Es ergibt sich immer deutlicher, daß der am Freitag angenommene Antrag Camp-Arendt gar nicht ernsthaft gemeint war, sondern nur eine Brücke bauen sollte, über die hinweg man zur Beratung der Vorlagen über die indirekten Steuern schieben konnte. Wenn sich, wie sicher zu erwarten, der Bundesrat auf diesen Antrag nicht einläßt, wird er in der zweiten Lesung einfach wieder außer Kurs gesetzt werden. Es ist anzunehmen, daß der Staatsekretär inzwischen im Einverständnis mit dem Bundesrat neue Vor schläge bezüglich der Besteuerung des Vermögens machen wird. Ob sich darunter auch eine Erbschaftsteuer auf Descendenten und Ehegatten an Stelle der abgeleiteten Nachlasssteuer befinden wird, bleibt fraglich. Der Entwurf, daß diese Steuer im Falle raschen Wegsterbens der einander folgenden Geschlechter zu einer ungerechten Häufung der Besteuerung führen würde, siehe sich noch viel gründlicher, als nach dem Entwurf über die Nachlasssteuer, etwa durch eine Bestimmung dahin auszuräumen, wenn ein liegendes Gut vor 30 Jahren wieder an Descendenten oder Ehegatten in Erbschaft kommt, die Steuer um soviel Dreißigstel ermäßigt wird, als weniger denn 30 Jahren seit dem letzten Erbgang verlossen sind. Eine so eingerichtete Steuer auf Descendenten und Ehegatten, mit hohen Anfaßen und kleinen Progressionen beginnend, und progressiv fortschreitend, wäre dem Antrag von Camp-Arendt und allem, was ihm ähnlich sieht, entschieden vorzuziehen.

Ausland.

Frankreich.

Kulturkampf. Unser Pariser Mitarbeiter schreibt uns: Das staatliche Amtsblatt veröffentlicht einen interessanten Bericht der Domäne- und Steuersteuerverwaltung zum gewaltigen Liquidationsprojekt der kirchlichen Niederlassungen und seiner bisherigen Erfolge. Nach dem Gesetz wurden die vom Kultus künftig ausgelagerten Gebäude einer Inventur unterworfen sowie jene, auf welche Staat, Departements und Gemeinden Anspruch erheben und deren Nutzung weiterbesteht. Diese Operation beantragte ein Jahr (1906). Es wurden 70 547 Inventare aufgenommen und 63 894 Protokolle abgefaßt. Am 31. Dezember 1908 war die Verwaltung zu folgendem Ergebnis gelangt. Die im Besitze der oben genannten Niederlassungen vorhandenen Staatsrenten belaufen sich auf 81 632 100 Frank. Das bedeutet ein Kapital von 258 1/2 Millionen. Die Privatrenten belaufen sich auf 4 300 000 Frank, die Guthaben auf über 10 Millionen. Die Gebäulichkeiten, die nicht zu kulturellen Zwecken dienen und nicht beschlagnahmt wurden, sind auf 129 828 000 Frank geschätzt worden. Der Totalbetrag der kirchlichen Niederlassungen ergab die Summe von ca. 412 Millionen, denen 30 Millionen Passiva gegenüberstehen. Die Verwaltung dieses Millionenpatrimonioms, das sich auf 65 775 Establishments verteilt, ließ 16 502 Projekte entstehen, von denen 8076 beendet sind. Die Güterübertragung ist in 30 Departements beendet. Der Domänenbericht sieht für Ende des laufenden Jahres die Abfertigung der noch schwebenden 8426 Projekte und bis Ende des Jahres 1910 die Erledigung der Güterübertragung vor.

Baden.

Karlsruhe, 8. März 1909.

Elektrizität und Landwirtschaft.

E. Karlsruhe, 7. März. Schon seit Jahresfrist werden sich Gemeindebehörden und Vereinsleitungen aus den verschiedensten Teilen des Landes an den Verband der bad. landw. Konsumvereine mit Anfragen über elektrische Angelegenheiten und geben darin dem Wunsch Ausdruck, daß der Verband zwecks einheitlicher Durchführung elektrischer Einrichtungen im Interesse der Landwirte und Kleingewerbetreibenden die Angelegenheit in die Hand nehmen müsse.

Die Elektrizität und ganz besonders die elektrische Praktikquelle, zu angemessenen Preisen und zu günstigen Bedingungen geliefert, bildet unseren Landwirten ein hervorragendes Mittel zur raschen, bequemen und billigen Durchführung einer Reihe von Arbeiten und trägt nicht unwesentlich zur Verbilligung der Produktionskosten bei. Kleine andere Kraft, nicht einmal die tierische (Gabelwerke), kann in Vergleich gezogen werden. Im letzten Jahrzehnt sind auch in Baden eine Reihe von Elektrizitätswerken gebaut worden, die größere Städte, Kurorte, industrielle Unternehmungen mit Elektrizität versorgen. Um tagsüber, also außerhalb der Beleuchtungszeit, ebenfalls einen entsprechenden Absatz zu erlangen, wurden Abnehmer in den benachbarten Landgemeinden gesucht. Die Kraft wird „über Land“ geleitet, daher der Name „Lieberlandzentrale“.

Bei Einrichtung dieser Lieferzentren, insbesondere bei Festsetzung der Stromlieferungsbedingungen, den Installationen von Lampen, Motoren usw. wurden ohne Zweifel manderorts auch recht trübe Erfahrungen gemacht, die heute noch nicht geeignet sind, die Elektrizität in jenen Bezirken populär zu machen. Es wird hauptsächlich über unkonstante Handhabung der Verträge, über die hohen Preise für Zuzahlungen und Motoren gesagt, welche die betreffenden Elektrizitätswesen dank ihrer Monopolstellung sich zu verschaffen

wußten. Auf Grund vorgelegter Rechnungen konnte der Verband feststellen, daß manche Installations-Anlagen um 100 bis 150 Mark zu teuer bezahlt wurden. In Mittelbaden wurden von einer Elektrizitätswirtschaft durchschnittlich 490 Mark für einen Zweipoligen Motor fertig montiert ausweislich der dem Verband vorgelegten Originalrechnungen verlangt, während dieselbe Firma dem Verband genau dieselben Motoren zu 200 Mark anbietet. Das sind doch unangenehme Verhältnisse!

Diese Tatsachen veranlassen die Leitung des Verbandes der bad. landw. Konsumvereine, Mittel und Wege zu ergreifen, um für die Folge auch nach dieser Richtung hin die Interessen der Landwirte nachdrücklich zu wahren.

In mehreren Gemeinden des badischen Oberlandes, die vom Elektrizitätswerk Schaffhausen mit Kraft versorgt werden, hat der Verband bereits mit gutem Erfolg eingegriffen und Verträge mit den betr. Gemeinden abgeschlossen, wonach der Verband einen in seinen Diensten stehenden tüchtigen Obergerichtsur zur Verfügung stellt.

Die Gemeinden zahlen dafür eine entsprechende Vergütung. Leitungsanlagen, Elektromotoren und Zähler werden vom Verband beschafft, der bereits einen Auftrag von ca. 1000 Stielmotoren zur Ausführung in Händen hat, und — was ja leicht begründlich ist — dadurch imstande ist zu ganz hervorragend billigen Preisen jedem einzelnen Landwirt den benötigten Motor zu liefern. Die Installationsarbeiten in den einzelnen Gemeinden gelangen im Konkurrenzverfahren zur Vergebung und werden die Preise der Leitungsanlagen, Beleuchtungskörper, Montagekosten genau festgelegt. Ständig steht außerdem den Landwirten der Verbands-Techniker zur Verfügung, der bemüht und bestrebt ist, jedem einzelnen Anschaffnehmer weitgehendste Auskunft in allen Fragen zu erteilen.

Auf diese Weise dürfte die unangenehme Auswüchse, welche sich bei den Einrichtungen elektrischer Anlagen manderorts gezeigt haben, für die Zukunft beseitigt werden und man könne nun dringender, in solchen Fragen rechtzeitig Aufschluß beim Verband einzuholen.

Kleine badische Chronik.

Karlsruhe, 5. März. Der Großherzog hat mit Staatsministerienbeschluss vom 10. Februar das bisher von den Universitäten Heidelberg und Freiburg geübte Recht, den Inhabern gewisser mit der Universität in Verbindung stehender Geschäfte das Prädikat als Universitätslieferant zu gewähren und gewährt dem Unterrichtsminister den Befehl, aber außerhalb des akademischen Bereiches stehenden Lehrern das Prädikat als Universitätslehrer zu verleihen, ausdrücklich bestätigt.

Heidelberg, 5. März. Anstelle des vom Landeskommissar in Mannheim ernannten Geheimen Regierungsrates Becker wurde der Großh. Amtsvorstand Geheimen Regierungsrat Solth in Heidelberg für das laufende Prüfungssemester von den Kommissaren zur Prüfung von Abgangsmittelschülern an der Universität Heidelberg ernannt.

Schmiedheim, 4. März. Die Schifferschule fand am Sonntag, 27. M., ihr hiesiges Winter durch eine Prüfung ihren Abschluss. Abgenommen wurde sie von dem Großh. Staatskommissar für die Schifferschulen am Rheine Herr Baurat Supersich in Karlsruhe. Die Schule war von 6 in der Ober- und 12 Schülern in der Unterstufe besetzt. Sämtlichen Schülern der Oberstufe tomtes Abgangsexamen, sowie auch allen Schülern der Unterstufe Zeugnisse zur Zulassung für den nächsten Winter erteilt werden. Das Ergebnis der Prüfung ist im Hinblick des kurzen Schuljahres ein befriedigendes gewesen.

Wiesloch, 5. März. Der Gemeinderat hat in seiner gestrigen Sitzung den Umlagefuß auf 44 Pf. festgesetzt. Er bleibt also so hoch wie im Vorjahre.

Baden-Baden, 5. März. Der Jahresbericht des städtischen Verkehrsamtes für 1908 beibringt u. a. die Mängel im Eisenbahnverkehr mit dem weltberühmten Kurort. Namentlich werden die breiten Wagen im Fern- und Nahverkehr vermehrt. Andere Kurorte, die nicht auf den Rang und die Frequenz der Kuristen zu rechnen können, stehen in dieser Beziehung weit besser da. In der Schweiz, wie in Frankreich haben alle einigermäßen wichtigen Kurorte direkte Bahnen. Ganz besonders sollte direkter Verkehr nach Berlin und Hamburg, nach der Schweiz, dem Schwarzwald und Elsaß eingerichtet werden. Baden-Baden sollte auch durch Zugzugebilde bedient werden, wie dies für das Engadin, Zugern, Unterwalden, Montreux, Paris durchgeführt. Daraus bezügliche Schritte sind im Gange, um mit einem Galois — Paris — Baden-Baden-Erzeh in die Handlung zu gehen.

Baden-Baden, 4. März. Ein Zeugnis für seine positiv-sittliche Gesinnung legte nach der „Kreuzzeitung“ Nr. 103 jüngst Großherzog Friedrich II. ob. In einer Stadt Mittelbadens — gemeint ist unsere Räderstadt — soll im Laufe dieses Frühjahres ein neues Kunstausstellungsgebäude fertiggestellt werden; man hat im Rat der Stadt und der Einwohnungskommission den 7. April dazu bestimmt und auch den Großherzog eingeladen. Man wünschte, daß in der Osterwoche der Kunsttempel dem reitenden Publikum geöffnet sein könnte. Doch jedoch der belagte Tag in die Karwoche fällt und der Mittwoch vor dem Gründonnerstag liegt, daran dachte offenbar niemand. Es nahm niemand daran Anstoß, wohl aber der Großherzog. Er erklärte, daß er in der Karwoche für eine solche Heiligtümlichkeit nicht zu haben lie. Darum wurde der Termin auf den 3. April verlegt. Dieses ist christlichem Empfinden entsprechende Verhalten des Großherzogs kann nur in allen christlichen Kreisen dankbar und wohlwollend empfunden werden.

Lahr, 5. März. Bei der Sparkasse Lahr betraute sich im Monat Januar die Einnahmen auf 497 272 M. gegen 452 240 M. im gleichen Monate des Vorjahres, die Mitgabungen auf 290 761 M. gegen 272 818 M.

Ettenheim, 5. März. Die Errichtung einer Zwangsanlage für das Zimmerhandwerk im Amtsbezirk Ettenheim wurde abgelehnt. Nur 3 von 43 Einwohnern erklärten sich für die Gründung der Anlage. Am Mittwoch, den 10. März, wird über den Antrag der Errichtung einer Zwangsanlage für das Müllerhandwerk in den Amtsbezirken Lahr und Ettenheim abgeinstimmt.

Emmendingen, 5. März. Die Erste deutsche Ramie-Gesellschaft nahm am 1. März den bis dahin eingeleiteten Betrieb wieder mit voller Arbeitszeit auf.

Freiburg, 5. März. (Kabattjardverein Freiburg.) Die Reste löste im Monat Februar d. J. 8294 Kabattjardwäger ein und zahlte dafür 81 715 00 M. aus.

Weisach, 5. März. Die in Kubreisbach befindliche Interoffizierschule soll noch im Laufe dieses Jahres nach Sigmaringen verlegt werden.

Sigmaringen, 5. März. Die Bürgermeister des Sigmaringer Schwarzwaldkreises hatten daher eine Besprechung, welche sich auf den Sommerfahrplan bezog. Man will alsbald gemeinsam die nötigen Schritte unternehmen, um die drohenden Verkehrsverfälschungen für die Schwarzwaldbahn abzumehren.

Stodach, 5. März. Dem Apotheker Herrn Förscher aus Karlsruhe ist die persönliche Verechtigung zum Betrieb einer selbständigen Apotheke in Eggelingen (Amt Stodach) verliehen worden.

— Kriegsinvaliden und sonstige Kriegsteilnehmer des Landes seien auf eine beim Großh. Landeshauptmann in Baden-Baden bestehende wohltätige Einrichtung aufmerksam gemacht, die nach viel zu wenig unter den alten Veteranen bekannt ist. Es finden nämlich dort nicht alljährlich 7 bis 8 anerkannte Kriegsinvaliden völlig kostenlose Aufnahme. Die bezügliche Stelle sind an das zu lösende Bezirkskommando zu richten. Bedürftige Kriegsteilnehmer finden gegen Bezahlung des niedrigen Verpflegungsbetrags Aufnahme. Die bezüglichen Eingaben sind durch die Bürgermeisterämter den Bezirksämtern einzureichen, die letztere dem Ministerium des Innern Vorlage machen.

Lokales.

Karlsruhe, 8. März 1909.

Lehr. Mitteilungen aus der Stadtratsitzung vom 4. März 1909.

Der Bürgerverein der Altstadt hat unter dem 1. Februar d. J. dem Stadtrat Abschrift einer Resolution mitgeteilt, die in der Frage der Aufhebung einiger Haltestellen der Straßenbahn von einer im „Goldenen Adler“ abgehaltenen Bürgerversammlung gefaßt worden ist und worin die Erwartung ausgesprochen wird, daß die sämtlichen zurzeit noch bestehenden Haltestellen beibehalten werden. Unter dem 26. Februar legte derselbe Verein dem Stadtrat einen Antrag, daß die Frage der Beibehaltung des Betriebes auf der Straßenbahn durch Aufhebung einiger Haltestellen von dem Vorstande nochmals erwogen werden soll und daß nach dem Ergebnis dieser Erwägungen noch einige Haltestellen bestehen und andere zweckmäßigerweise ganz am Ende der Haltestellen entfernt werden könnten. Es werden dann im einzelnen Vorschläge hierfür gemacht. Auch die Bürgervereine der Altstadt und der Altstadt schlossen sich diesen Ausführungen im Wesentlichen an, bringen aber Sonderwünsche hinsichtlich der Beibehaltung bzw. Aufhebung von Haltestellen in ihren Stadtbezirken vor. Der Stadtrat beschließt, zunächst das Resultat der Abfragen zu erwarten, die das hiesige Straßenamt über die Frequenz der einzelnen Haltestellen in der Kaiserstraße anstellt.

Geen die vom Stadtrat vorgeschlagene Änderung der Baufluchten in dem Gebiet zwischen Karlsruhe und Beierheim sind zwei Einbringen eingebracht, deren Behandlung bei Großh. Bezirksamt beantragt wird.

Die Bezirks-Gesellschaft Karlsruhe und die Stadtkameradschaft Karlsruhe suchen um die Herstellung einer Radfahrstraße auf dem nördlichen Hauptwege der Kaiser-Allee nach. Der Stadtrat vermag dem Gesuche aber bisher mangels eines Bedürfnisses nicht zu entsprechen. Jedenfalls würde der Antrag erst näher getreut werden, wenn wegen der Abänderung des Entwurfs der Kaiser-Allee bezw. deren Fluchtlinie eine Entschließung getroffen wird. Die Hauptabstimmung werde überens anfangs April vor beschloffen und späterhin getreut werden, so daß dann eine wesentliche Förderung einträte.

Für das Gelände zwischen Nord- und Stocherstraße ist ein Grundstücksumlegung beabsichtigt. Nachdem sich sämtliche Beteiligten mit dem Projekt einverstanden erklärt haben, wird dessen Durchführung bei Großh. Bezirksamt beantragt.

Eine größere Anzahl an Häusern und Einfriedigungen angeordneter Hydrantenstellen soll zur leichteren Auffindung in Brandfällen höher gelegt werden. Die Kosten hierfür mit etwa 700 M. werden in den Entwurf des nächsthöherigen Bauplans eingestellt.

Ein Besuch im Erlaubnis zur Abnahme beendet überbrungen im Laufe des Monats März 1909 (gegenüber dem Fristablauf) des Großh. Bezirksamt unbeanstandet vorgelegt. Doch wird dabei bemerkt, daß der Stadtrat die Bedürfnisfrage bezüglich der Errichtung einer Wirtshaus an dem genannten Orte gegebenenfalls verneinen müßte.

Die von der Stadtgemeinde während des Winters 1908/09 eingerichtete Arbeiterfortbildungskurse wurden am 12. Oktober mit 269 Teilnehmern eröffnet. Von den letzteren besuchten 8 je zwei Kurse, 88 je zwei Kurse und 166 einen Kurs, so daß sich für sämtliche Kurse eine Teilnehmerzahl von 851 ergab. Die Teilnehmer wurden in folgender Weise in die Kurse eingeteilt: 34 in Kurs I, 26 in Kurs II, 22 in Kurs III, 21 in Kurs IV, 20 in Kurs V, 19 in Kurs VI, 18 in Kurs VII, 17 in Kurs VIII, 16 in Kurs IX, 15 in Kurs X, 14 in Kurs XI, 13 in Kurs XII, 12 in Kurs XIII, 11 in Kurs XIV, 10 in Kurs XV, 9 in Kurs XVI, 8 in Kurs XVII, 7 in Kurs XVIII, 6 in Kurs XIX, 5 in Kurs XX, 4 in Kurs XXI, 3 in Kurs XXII, 2 in Kurs XXIII, 1 in Kurs XXIV. Die Teilnehmerzahl ist demnach gegenüber dem Vorjahre um 25 Personen gesteigert. Die Kosten der Kurse betragen 11 500 M., davon 10 000 M. von der Stadt, 1 500 M. von den Kursteilnehmern, 500 M. von den Kursteilnehmern. Die Kurse werden bis zum Ende des Monats März 1909 abgehalten. Der Besuch der Unterrichtskurse war im allgemeinen ein guter. Beim Schluß am 12. D. M. wird der Stadtrat durch eine Abordnung vertreten sein.

Da sich der Besuch der Volkshochschule II im Schulhaus der Schubentrate) in den Monaten Januar und Februar d. J. gegenüber dem Vorjahre gehoben hat, soll die Volkshochschule bis auf weiteres beibehalten werden.

Die Stelle eines weiteren 2. Postallemeisters beim städtischen Postamt wird durch den Postsekretär Dr. Schmitt ersucht, den Postsekretär Herr Martini herüberzutragen. Die Stelle des Postsekretärs betragen die Einnahmen 6000 M., 77 Pf., die Ausgaben 3000 M., 25 Pf., der Reinerlös 2680 M., 52 Pf., welcher der Stadtgardenkasse in Einzahlung zugewiesen wird.

Die Gesuche des Herrn Adolf Wolf um Erlaubnis zur Verlegung seiner Schauhauptausstellung im Rahmen der Ausstellung von Rosenstraße 45 nach Kronenstrasse 48, „zum Ritter“, des H. Meurers Karl Friedr. Eisele um Erlaubnis zum Betrieb der Schauhauptausstellung im Rahmen der Ausstellung von Kronenstrasse 151, „zur Kaiser-Allee“, werden dem Großh. Bezirksamt ohne Beanstandung vorgelegt. Das Gesuch des Wirts Gustav Gräber im Stadtteil Grimmlin um Erlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb einer Schauhauptausstellung (Kaufhaus) mit Abgabe von Bier und Wein in Flaschen im Hause Durmersheimstraße 67 darf als begehungsweises um Verlegung seiner Wirtschaftskonzeption zum Hause Durmersheimstraße 82 dahin wird durch Aufschluß an der Verkündigungsstelle zunächst zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Vergeben werden: Das Ansteuern der Stationsgasmeter u. Betriebsanrichtungen im neuen Rathaus des Gaswerks II an Metermeister Herr Köhn, die Arbeiten zur Errichtung eines Aborts für das alte Schulhaus im Stadtteil Rühlengasse wie folgt: Maurerarbeiten an Franz Herrmann, Steinbauarbeiten an Karl Kirchhauer und die Reinigen des Steinbauersmeister in Sulzbach, Zimmerarbeiten an Ernst Oberle, Verputzarbeiten an David Bauer, Dachdeckerarbeiten an Herr J. Stegmaier, Schreinerarbeiten an Walter u. Eduard, Glaserarbeiten an G. Ruf, Schloßerarbeiten an A. Bauer, Ruppoldtschlag an Fr. Köhler, Kanalarbeitung an Rupp u. Köhler, Installation an Fr. Rosner.

Dank wird ausgesprochen dem Instrumentenfabrikanten Karlsruhe für die Einladung zu dem am 7. h. M. nachmittags 5 1/2 Uhr, in der evangelischen Stadtkirche stattfindenden Kirchenmusikalischen Feier zum Abenden Gedächtnis des verehrten Grafen von Rieneck, dem Oberbaurat des Landesvereins Karlsruhe für Förderung des Jahresberichts für 1908, dem Fräulein Neurer, Walsbuche 40 a, für Lieberwerb eines aus dem Nachlaß des verstorbenen Fräuleins von Baill stammenen Spinettts an das hiesige Museum.